



Statt Milliarden für die Banken...

**KOSTENLOSE  
BILDUNG  
FÜR ALLE!**

# Liebe Leserin, lieber Leser,

es regt sich Widerstand im Land – SchülerInnen in vielen Städten werden aktiv gegen die Bildungsmisere. Die Sozialistische Alternative (SAV) unterstützt den Aufbau der bundesweiten SchülerInnenbewegung. Mit dieser Artikelsammlung wollen wir einen Beitrag zur Diskussion über Alternativen zur Bildungsmisere im Kapitalismus leisten.

Die Redaktion, 03. Oktober 2008

Verantwortliche Redakteure A. Teweleit, H. Dröge

## Inhaltsverzeichnis

### Impressum

Herausgegeben von der Sozialistische Alternative  
– SAV im Oktober 2008

verantwortliche Redakteurin: Angelika Teweleit

Satz und Umschlaggestaltung: Leonie Blume

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Sozialistische Alternative – SAV, Littenstraße 106/107,  
10179 Berlin, Telefon: (030) 24 72 38 02, Fax: (030)  
24 72 38 04, Email: [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de),  
web: [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info),

# Bildung ist keine Ware!

Widerstand gegen die unsoziale Bildungspolitik und den grauen Schulalltag ist angesagt.

**F**rüh am Morgen, 8 Uhr, Unterrichtsbeginn. Demotivierte SchülerInnen versuchen unter zeitlichem Druck von 45 Minuten mit ihrem / ihrer LehrerIn den Lernstoff zu bewältigen. Die Klasse ist mit fast 30 SchülerInnen viel zu groß. Die Schulstunde ist geprägt von Frontalunterricht und Konkurrenz. Die Lehrkraft kann nicht auf die individuellen Bedürfnisse eingehen. Trotzdem muss jederR benotet werden. Alle stehen unter enormem Leistungsdruck, der durch die Verkürzung der Abiturzeit auf 12 Schuljahre noch verstärkt wird. Konkret bedeutet das für viele SchülerInnen der 7. Klasse eine 40-Stundenwoche. Hinzu kommt ein überfüllter Schulranzen, denn mehr Lernstoff erfordert mehr Schulbücher. Davon müssen seit der Abschaffung der Lernmittelfreiheit auch noch viele selbst bezahlt werden. Das alles haben sich die Lernenden und Lehrenden bestimmt nicht selbst ausgesucht ... aber wer dann?!

## Kapitalistische Verwertungslogik

Im Kapitalismus geht es immer zuerst um Profite. Denen da oben geht es nicht darum, dass wir alle eine gute Bildung bekommen, die sich nach unseren Bedürfnissen richtet. Wir sollen „international wettbewerbsfähig“ sein. In möglichst kurzer Zeit und zu niedrigen Kosten sollen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Deswegen wird das Abitur auf 12 Jahre verkürzt. Deswegen wurde das Bachelor-System an den Unis eingeführt, das die Studienzeit um etwa eineinhalb Jahre verringert.

Das ist die herrschende Umverteilungslogik von unten nach oben!

## Der Aufstand des „Humankapitals“

Anstatt mehr Geld für eine gute Ausstattung der Schulen und Unis auszugeben und mehr LehrerInnen oder ProfessorInnen einzustellen, werden Steuergeschenke an Unternehmen und Superreiche gemacht.

So geht es auch im OECD-Bericht 2008 nicht um Menschen, sondern um „Humankapital“: „Die Entwicklung des Humankapitals ist für die langfristige Wirtschaftsleistung von größter Bedeutung.“

Das dreigliedrige Schulsystem soll uns auf die kapitalistische Produktionsweise vorbereiten. Es teilt die Kinder und Jugendlichen auf in Haupt- und Realschüler und Gymnasiasten – und entscheidet so schon sehr früh, wer später Ingenieur, wer Facharbeiter und wer Hilfsarbeiter wird.

Wir sollen auch gar nicht alle eine gute Bildung erhalten. Nur eine kleine Schicht soll die Wirtschaft leiten. Deswegen reicht es, auch nur eine Minderheit entsprechend elitär zu bilden: in Pri-





vatschulen wie der „International School Hannover Region“.

Laut PISA-Studie 2006 haben Kinder aus höheren sozialen Schichten bei gleichem Wissensstand (!) eine 2,7mal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus Facharbeiterfamilien. Kinder mit Migrationshintergrund haben leider viel zu oft eine noch schlechtere Ausgangslage. Laut Statistischem Bundesamtlangengrademal40Prozentvonihnen höchstens einen Hauptschulabschluss.

Es kann nicht sein, dass wir ein Bildungssystem haben, in dem ein Teil der SchülerInnen zum Scheitern verurteilt ist – ein System, das Menschen fallen lässt und ihnen sämtliche Zukunftsperspektiven nimmt. Die SchülerInnen-Initiative „Bildungsblockaden einreißen!“ fordert zu Recht:

- Kostenlose Bildung für alle – Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit!
- Nein zu sozialer Ausgrenzung – Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem!
- Nein zu Studien- und Schulgebühren jeglicher Art! Studien- und Ausbildungsplätze für alle!
- Kleinere Klassen – Die sofortige Einstellung von 3000 LehrerInnen als ersten Schritt! Zusätzlich: Die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen der letzten Jahre bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

- Nein zum Super-Stress – Die Rücknahme des Abiturs nach 12 Jahren!

- Nein zu Sponsoring und Bildungsprivatisierung – Für eine bedarfsgerechte Ausstattung von Schulen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen!

Unsere Probleme – aber auch unsere Forderungen – betreffen nicht nur Berlin. Bundesweit und international setzten sich SchülerInnen zur Wehr. In Frankreich wird sichtbar, wie eine solche Bewegung noch mehr Macht entfalten kann: Dort kämpfen SchülerInnen, Studierende und Beschäftigte gemeinsam. Und gerade die arbeitende Bevölkerung kann den Druck gewaltig steigern: Sie produziert den ganzen Wohlstand, von dem auch die Herrschenden profitieren.

Klar ist: Im Kapitalismus wird es die geforderten Bildungsbedingungen nur geben, wenn eine starke Bewegung die Herrschenden zwingt, solche Zugeständnisse zu machen. Doch auch dann wird das, was wir erkämpft haben, immer wieder in Frage gestellt. Deshalb setzt sich die SAV dafür ein, diesen Kampf um konkrete Verbesserungen damit zu verbinden, die Macht der Banken und Konzerne zu beenden, und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. ■

von Jenny Trost, Berlin (veröffentlicht Mai 2008, Solidarität Extra)

# Abstellgleis Hauptschule

Selektion statt Wissensvermittlung  
Unmotivierte SchülerInnen, überforderte LehrerInnen. So wird die Situation an den Hauptschulen meist dargestellt. Fakt ist jedoch, dass es an gut ausgebildeten Lehrkräften mangelt und die Jugendlichen miese Zukunftsaussichten haben. 2006 fehlten an den Hauptschulen in den naturwissenschaftlichen Fächern 64 Prozent und in Mathematik 30 Prozent Fachlehrer (laut Bildungsbericht des Bundes und der Länder 2008). Im gleichen Bericht heißt es, dass 13 Monate nach dem Verlassen der Schule 50 Prozent der Jugendlichen immer noch keinen Ausbildungsplatz haben. Bei allen Menschen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mit geringer Qualifikation beträgt die Arbeitslosenquote 17,7 Prozent.

## Perspektivlosigkeit

In keinem anderen OECD-Staat hängen die Bildungschancen so sehr vom Geldbeutel ab wie in Deutschland. Eltern, die selbst nur eine schlechte Schulbildung erhalten haben, fehlt es an den Mitteln und Möglichkeiten, ihre Kinder zu unterstützen. Hinzu kommt, dass SchülerInnen mit der Konkurrenzsituation an den Schulen – in Vorwegnahme auf den Arbeitsmarkt – zu Rande kommen müssen. Durch das Wissen, schlechte Karten in Sachen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu haben, erstickt jede Motivation schon im Keim. So beantwortete ein elfjähriger Hauptschüler aus München die Frage, was er sich am meisten wünsche, damit, dass er gern

schlauer sei, um nicht auf die Hauptschule gehen zu müssen. Denn: „Da kann man ja nicht viel anfangen, wenn man groß ist.“ Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem! Die Probleme sind nicht einfach auf „Versäumnisse“ der Politiker zurück zu führen. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind die Herrschenden darauf aus, die Menschen frühzeitig auszusortieren – in künftige Chefs, Fachkräfte, Fließbandarbeiter, Arbeitslose. Erschreckend ähnlich wie es Aldous Huxley in seinem Buch „Schöne neue Welt“ beschreibt. Allerdings ist die Qualität der Bildung so stark gesunken, dass sich sogar Wirtschaft und Handwerk beschweren. Gerade Hauptschulabgänger seien kaum ausbildungsfähig. Der Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD), schlug kürzlich vor, Haupt- und Realschule zusammenzulegen. Das soll soziale Auslese erstmal verdecken. Gleichzeitig droht aber, dass die Lehrerausstattung weiter verschlechtert wird, um zusätzlich Personal zu sparen.

## Für Gemeinschaftsschulen!

Ob drei- oder zweigliedriges Schulsystem – beides ist keine Lösung. Mit sozialer Ausgrenzung und Selektion muss Schluss sein. Die Alternative ist eine Gemeinschaftsschule, in der wir – bei völliger Lernmittelfreiheit, kostenlosen Mittagessen und AGen – ganztägig gemeinsam bis zum Abschluss lernen. Die einzige Aufteilung, die es dort geben sollte, ist eine in verschiedene Kurse – je nach Fähigkeiten und Vorlieben. ■

von Florian Toniutti, Stuttgart



# Abitur nach zwölf Schuljahren: „Nur der Untergang“

Seit 2001 wurde auch in allen westdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein das verkürzte Abitur eingeführt. Die beiden letzten Bundesländer wollen zum nächsten Schuljahr folgen.

Das Hauptargument für das achtjährige Gymnasium (G8) lautet, die Hochschulabsolventen in Deutschland seien im internationalen Vergleich zu alt. Das Studium zieht sich bei den meisten Studierenden aber gerade deshalb in die Länge, weil sie sich nicht allein auf das Lernen konzentrieren können, sondern nebenbei jobben müssen. Laut Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2007 arbeiten 63 Prozent der Studierenden neben ihrem Studium, im Durchschnitt neun Stunden pro Woche. Würde man den Studierenden diese Belastung abnehmen, könnten sie ihren Aufenthalt an der Hochschule also um ein Fünftel bis ein Viertel verkürzen. Doch das Gegenteil ist der Fall, Studiengebühren und sinkende Bezahlung in den Nebenjobs zwingen zu noch mehr Arbeit neben dem Studium.

## Kürzungspolitik

Bei Einführung der Schulzeitverkürzung beteuerten die Bildungspolitiker, dies sei keine Sparmaßnahme, schließlich bliebe die Gesamtstundenzahl bis zum Abitur gleich. Doch jetzt gibt es Forderungen und auch bereits erste Beschlüsse, die Stundenzahl zu kürzen. Die Kultusministerkonferenz hat im März 2008 beschlossen, den Schulen „größere Flexibilität“ bei der Gesamtstundenzahl zu gestatten, etwa durch Anrechnung von Projektarbeit.

Auch bei den Lehrinhalten sollte ursprünglich nicht gespart werden. Jetzt heißt das „Entrümpelung der Lehrpläne“. Wie das konkret aussieht,

kann man auf der Homepage des Schulministeriums NRW nachlesen: dort wird unter dem Begriff „Verschlankung“ eine ganze Seite „Reduzierungen“ der Lehrinhalte vorgegeben. Für den Bereich Geschichte wurde unter anderem beschlossen: „Wegfall eines eigenständigen Themas ‘Friedenssicherung’“ und „Reduzierung des Themas ‘Weimarer Republik’ auf deren Untergang“.

Tatsächlich fragt man sich, ob vielleicht Spaß am Untergang das Motiv der Bildungspolitiker für die Schulzeitverkürzung war. Grotesk war nämlich auch die Art der Einführung nach dem Motto: Erst bauen, dann planen. Erst wurde das G8 per Dekret eingeführt, nun werden nachträglich die Lehrpläne geändert und danach gibt es (vielleicht) geänderte Schulbücher. In den nächsten Jahren werden jeweils zwei Jahrgänge pro Bundesland gleichzeitig das Abitur machen. Das Angebot an Lehrstellen und Studienplätzen wird sich aber nicht verdoppeln.

## Ihre Interessen und unsere

Was sind die wahren Gründe für die Schulzeitverkürzung? Erstens: An der Bildung soll gespart werden. Zweitens: Die Wirtschaft will tatsächlich die Bildungsdauer verkürzt sehen. Denn je mehr Lebensjahre jemand bis zum Hochschulabschluss und zur ersten Anstellung braucht, desto mehr Geld will und muss er anschließend verdienen, damit sich ein Studium insgesamt lohnt. Ziel der privaten Wirtschaft ist aber, die Gehälter für Akademiker auf breiter Front und dauerhaft zu drücken. Statt Nachbesserungen beim G8 müssen wir fordern: Rücknahme der Schulzeitverkürzung, Weg mit den Studiengebühren, Eltern unabhängige Grundsicherung für SchülerInnen und Studierende ab 16 Jahre von 500 Euro plus Warmmiete. ■

Solidarität - Sozialistische Zeitung, Nr. 69, Mai 08, Georg Kümmel

# Nach der Schule: Ohne Ausbildung oder Lehrling mit Überstunden?

In den letzten Monaten berichteten Zeitungen davon, wie viele Lehrstellen noch über sind und hetzten gegen „ausbildungsunwillige Jugendliche“ - Ein Blick in den August-Bericht der Arbeitsagentur zeigt aber auf, dass bundesweit auf die rund 74.000 offenen Ausbildungsplätze 129.000 „unversorgte“ Bewerber/innen kommen, das heisst 129.000 Jugendliche. Dazu kommen noch Tausende Jugendliche, die in Warteschleifenprogrammen der Arbeitsagentur und nicht in der Statistik sind. Man sollte die Frage stellen, ob Jugendliche, die sich für eine Ausbildung beworben haben, ausbildungsunwillig sind. Angeblich schon.

Sind wir zu dumm?

Immerwieder beklagen sich Unternehmen, dass sie gerne noch Auszubildende einstellen würden, aber keine passenden Bewerber/innen finden. Immer wieder heißt es, es würden Leute ankommen, die weder richtig lesen noch schreiben können, oder eine grundweg ablehnende Haltung bei den

Vorstellungsgesprächen einnehmen. Wenn man sich jedoch im Bekannten- und Kollegenkreis umhört, kriegt man ein ganz anderes Bild: Immer wieder wird bei Vorstellungsgesprächen Wissen vorausgesetzt, welches laut Plan erst im Laufe der mehrjährigen Ausbildung angeeignet werden soll. Immer wieder kommt es auch vor, dass einfach nach der Nase sortiert wird - bei einem Großunternehmen wurde z.B. einer Bekannten beim Vorstellungsgespräch zu verstehen gegeben, dass in diesem Unternehmen Frauen in technischen Berufen unerwünscht sind und Notfalls rausgemobbt werden.

Vor diesem Hintergrund sollte die Frage, wer ausbildungsunwillig ist, noch einmal gestellt werden - die Ausbildungssuchenden oder die Ausbildungsbetriebe?

Ausbildungsreport 2008

Die DGB-Jugend macht alljährlich eine repräsentative Umfrage unter Auszubildenden über die Ausbildungsqualität. In diesem Jahr wurden wieder einmal gravierende Mängel in der Ausbildungsqualität festgestellt:

- Feste Arbeitszeiten sind für viele Auszubildende keine Selbstverständlichkeit, rund 40 % der Befragten müssen regelmäßig Überstunden leisten. Bei der Online-Plattform doktor-azubi.de gibt es in erschreckender Regelmäßigkeit Azubis, die von 60-Stunden-Wochen berichten.

- Rund 16 % der Befragten machen häufig oder ausschließlich aus-





bildungsfremde Tätigkeiten. Das heißt real, dass sie als Billiglohnkräfte eingesetzt werden, anstatt den Beruf zu erlernen - häufig wird berichtet, dass die „Ausbilder“ darauf verweisen, dass die Berufsschule für die Theorie zuständig sei. Das ist aber vollkommener Schwachsinn, da eine Berufsausbildung nun einmal eine Berufsausbildung ist und kein 1-Euro-Job.

- Nur rund 20 % der Befragten haben eine gesicherte Übernahme bei bestandener Ausbildung. Diese Tatsache hindert aber keinen Unternehmer daran wegen dem Fachkräftemangel zu heulen.

Was können wir tun?

Die Probleme der Auszubildenden gehören absolut zum Thema Bildung, entsprechend muss in der Schüler/innenbewegung Klarheit über diese Probleme herrschen und ein gemeinsamer Kampf angestrebt werden. In der Vergangenheit hat das bereits desöfteren funktioniert. Zum Beispiel wurde im Herbst 2003 in Kassel ein Schüler/innenstreik durchgeführt. In der Vorbereitung des Schüler/innenstreiks machten die Aktivist/innen unentwegt auf die Missstände im Bildungssektor genauso hin, wie auf die Missstände auf dem Ausbildungsmarkt - Neben kleineren Klassenstärken und mehr Lehrer/innen wurde eine Ausbildungs-

platzumlage und die Schaffung von öffentlichen Ausbildungsplätzen gefordert. Die aktiven Schüler/innen sind von Anfang an auf die Jugendstrukturen der Gewerkschaft zugegangen und hatten das Glück, schnell eine gute Zusammenarbeit zu etablieren. Dies hatte den Erfolg, dass im Sommer 2004 ein Streik von Schüler/innen und Azubis organisiert wurde - Schüler/innen aus dutzenden Schulen demonstrierten, während ein Autokorso der Azubis des VW-Werkes in Baunatal den Verkehr auf einigen Verkehrsknotenpunkten behinderte. Zum Ende schlossen sich die Azubis den Schüler/innen an.

Die nicht ganz so unmittelbare, aber auch sehr wichtige Konsequenz war, dass die damaligen Schüler/innen bei Anfang ihrer Ausbildung schon ein Gefühl dafür hatten, was sie erwartet und die Notwendigkeit kämpferischer Jugendstrukturen erkannten.

Um den Druck massiv zu erhöhen und eine Verbesserung in allen Lebensbereichen zu erreichen, ist es nötig einen gemeinsamen Kampf der Schüler/innen, Azubis und Beschäftigten zu führen. ■

Viktor Frohmiller, Azubi und Jugend- und Auszubildendenvertreter\* bei der BVG

\* Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person.

Dokumentiert: offener Brief an den Kultusminister von Baden-Württemberg

A n  
K u l t u s m i n i s t e r  
H e l m u t R a u  
P F 1 0 3 4 4 2  
7 0 0 2 9 S t u t t g a r t

Stuttgart, den 6. Juli 2008

Betreff: Aktenzeichen 36-6615.30/1501  
Ihr Brief vom 24. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Rau,  
Ihr Brief vom 24. Juni hat mich zwischen den Vergleichsarbeiten meines Sohnes in Mathe und Deutsch erreicht. Sie können von Glück reden, dass ich Ihren Brief nicht in meiner damaligen Stimmungslage beantwortet habe.

Am Dienstag schreibt mein Sohn die nächste Vergleichsarbeit in Biologie. Er hätte das Wochenende damit verbringen müssen, den Stoff der letzten zwei Jahre zu wiederholen. Weil sich Kinder das nicht freiwillig antun, sahen sich tausende von Eltern gezwungen, Druck auf ihre Kinder auszuüben bzw. haben sich gezwungenermaßen zur Unterstützung ihrer Kinder mit dem Stoff Biologie der Klasse 5 und 6 befasst, anstatt sich nach einer anstrengenden Arbeits- und Schulwoche zu erholen. Mein Sohn und ich hätten sich mit den Blattformen und Blatträndern der Ulme, der Funktion des Kambium, den Schwanzlurchen, dem Brutverhalten der Schlangen, den wechselwarmen Tieren, den Hagelschnüren in Eiern und vielem anderen mehr beschäftigen müssen. Wir haben es nicht getan!

Wissen Sie, warum Schmetterlingsblüter geringe Ansprüche an den Boden stellen, in welcher Stellung sich die Wanderheuschrecken paaren, wovon sich die Larve des Rindenbrüters ernährt, mit welchem Sinnesorgan eine Schlange einen Frosch und mit welchem eine Maus wahrnimmt? In welche fünf Klassen sind Wirbeltiere eingeteilt? Wozu benutzt die Blattschneiderameise die Blätter? Können sie fünf Pflanzen nennen die sich vegetativ vermehren? Können Sie drei heimische Vögel nennen die ausschließlich Pflanzenfresser sind? Wie kommt es, dass Sie Kultusminister sind, wenn sie diese Fragen aus dem Stoff 5. und 6. Klasse Gymnasium nicht beantworten können? Wie wär's wenn Sie die Vergleichsarbeiten, die sich profilierungssüchtige Personen aus ihrem

Ministerium ausdenken, mitschreiben würden? Das wäre der einzig interessante Vergleich, den solche Arbeiten liefern könnten.

Doch nun zu Ihrem Brief. Sie behaupten: „An vielen Gymnasien gelingt G 8“. Daraus sollen wir Eltern schließen, dass es interne Probleme sind, wenn G 8 an unserer Schule nicht gelingt. Sie wollen den Unmut der Eltern ablenken auf die Lehrer und/oder die Direktorin unserer Schule. Halten Sie uns Eltern für so blöd, dass wir dieses Ablenkungs- und Spaltungsmanöver nicht durchschauen?

Sie wollen angeblich die „Schülerinnen und Schüler in G8 bestmöglich individuell fördern“. Das nehmen Eltern ihnen nicht ab. Gerade Ihr Festhalten an den unsinnigen Vergleichsarbeiten ist der beste Gegenbeweis. Vergleichsarbeiten dienen nur dazu Schüler und Lehrer noch mehr unter Druck zu setzen. Da diese Arbeiten auch noch benotet werden, werden sie in vielen Fällen über Versetzung oder Nichtversetzung entscheiden. Das trifft nicht nur die Schüler, die nicht versetzt werden. Die anderen haben Angst, versetzungsgefährdete Klassenfreunde zu verlieren.

Anstatt die Vergleichsarbeiten endlich abzuschaffen, erfahren wir, dass sie darüber nachdenken, sie künftig mit Kurierfahrern direkt ausliefern zu lassen. Es dürfte nicht ganz billig sein, 400 Gymnasien im Land mit Taxis anzufahren. Aber was soll's. Wir Steuerzahler sind schließlich auch dafür aufgekommen, dass sich Ex-Kultusministerin Annette Schavan für 12.000 Euro für die Ahnengalerie der baden-württembergischen Ministerporträtiere ließe. Wir bezahlen auch die 2 Milliarden Euro, die das Land für Stuttgart 21 verpulvert. Was sind im Vergleich dazu 5,3 Millionen, die Ihnen die „Qualitätsoffensive Gymnasium“ wert ist?

Im gleichen Abschnitt, in dem Sie über die Förderung der Individualität reden, widerlegen Sie selbst, dass es nicht um unsere Kinder als Individuum geht, sondern um die angebliche „fachliche und pädagogische Qualität des Gymnasiums innerhalb der dreigliedrigen Schulstruktur“. Bei mir drängt sich der Eindruck auf, dass sie mit den Vergleichsarbeiten in Klasse 6 nochmal eine Auslese vornehmen wollen. Ich habe in den letzten Woche öfters den Satz gehört, dass es sich über die Vergleichsarbeiten zeige, wer richtig am Gymnasium sei. Meine Antwort: kein Kind ist richtig am Gymnasium, an der Realschule oder der Hauptschule. Das selektive dreigliedrige Schulsystem

und das als Lernen verkaufte Pauken per Frontalunterricht an den Schulen ist ein Strafe für Kinder und gehört abgeschafft. Es widerspricht auch allen modernen Erkenntnissen der Pädagogik und Gehirnforschung. Wen wundert es, wenn die Kinder dagegen rebellieren. Die geläufigste Rebellion dürfte inzwischen die Flucht in die virtuelle Welt der Computerspiele sein. In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung hat der Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Kinderkrankenhaus Olgäle, Reinmar du Bois, vor einigen Monaten berichtet, dass sich die Zahl der Schulverweigerer in den vergangenen drei Jahren verdreifacht hat und im Olgäle jedes Jahr 200 Notfälle eingeliefert werden „Das sind zum Beispiel Minderjährige, die am Leben verzweifeln, die auf ihre Eltern einprügeln oder sich ins Koma saufen“. Der Arzt kommt zu der Schlussfolgerung: „Ich bin der festen Überzeugung, dass unser dreigliedriges Schulsystem die Entwicklung verschärft“. Und nicht nur die absoluten Verlierer an den Hauptschulen leiden darunter, sondern auch die vermeintlichen Gewinner Gymnasiasten.

Ihre groß angekündigte „Qualitätsoffensive Gymnasium“ ist ein völlig untauglicher Versuch, die Probleme zu lösen. Ein paar Lehrerstunden für die Koordination von Hausaufgaben. Die Hausaufgabenbetreuung soll von Oberstufenschülern übernommen werden, statt von ausgebildeten Pädagogen. Das ist eine unprofessionelle Billiglösung.

„Alle Gymnasien, die dies beantragen, ein entsprechendes Konzept haben und über die notwendigen räumlichen Voraussetzungen verfügen, werden wir ab dem Schuljahr 2009/10 als Ganztagschulen genehmigen“. So steht es in ihrem Brief. Im Klartext heißt das: Schulen, denen die Räume fehlen, bekommen keine zusätzlichen Räume finanziert. Sie werden keine Ganztagschulen.

Nach ihren Vorstellungen ist die Ganztagschule dazu da „Spielraum für eine sinnvolle Einteilung in Unterricht und Selbstlernzeiten“ zu bieten ohne dass die Lehrmethoden geändert werden. Wir brauchen keine Paukanstalten, sondern Einrichtungen, in denen unsere Kinder lernen, was sie interessiert und fasziniert. Was nicht interessiert, wird allenfalls bis zur Klassenarbeit gespeichert und dann wieder vergessen. Wir brauchen Schulen in denen sich Schüler und Lehrer wohlfühlen. In einer Schule, in denen die Schüler Spaß am Lernen

haben, müssten Lehrer nicht Zeit und Nerven dafür aufbringen, Kinder zu disziplinieren. Sie könnten sich darauf konzentrieren, Schüler beim Lernen und Forschen zu unterstützen. Was wir brauchen, sind gute Ganztagschulen mit Spaß- und Kreativfaktor. Nach meiner Vorstellung ist die Ganztagschule eine Schule, in der Kinder auch gemeinsam Freizeit verbringen, in der es interessante Sportangebote, gemeinsame Ausflüge, Workshops etc. gibt. Und dafür müssen zusätzlich Lehrer, Sozial- und Freizeitpädagogen eingestellt werden. Die Gebäude, Räumlichkeiten, die Pädagogik – alles muss Respekt gegenüber Schülern und Lehrern vermitteln. In unseren Schulen ist das Hauptziel die Selektion. Das ist die eigentliche Ursache der Frustration von Schülern, Lehrer und Eltern.

Unser Bildungssystem hat den Anspruch, die Potenziale der Kinder zu entwickeln. In den Kindergärten wurde dafür das sogenannte „Einsteinprojekt“ eingeführt. Doch Einstein selbst würde sich im Grabe umdrehen, wenn er mitkriegen würde, wie er für ein durch und durch selektives Bildungssystem missbraucht wird. Im Jahr 1917 veröffentlichte Albert Einstein einen Artikel mit der Überschrift „Der Angsttraum“. Er endet mit der Forderung, die Reifeprüfung abzuschaffen. Einstein sagte: „Für schädlich halte ich (sie) aus zwei Gründen. Da sind zum einen die Examensangst und die große Menge des gedächtnismäßig zu assimilierenden Stoffes, die beide Schaden für die Gesundheit vieler Menschen mit sich bringen. Und da ist zum zweiten der Tatbestand, dass die bevorstehende Reifeprüfung das Niveau des Unterrichts in den letzten Schuljahren herabsetzt. Statt sich mit der Sache zu beschäftigen, konzentrieren sich die Lehrer auf die äußerliche Abrichtung der Schüler. Statt sich um eine Vertiefung des Stoffs zu bemühen, kümmert man sich um den äußerlichen Drill der Klasse.“ Was Einstein über die Abschlussprüfung sagt, gilt auch für die Vergleichsarbeiten.

Abgesehen von Stoff, Pädagogik und Lehrmethoden gibt es aber viele weitere gravierende Qualitätsmängel an den Schulen, die Sie nicht angehen. Dazu gehört das Thema Schulessen. Unsere Schule hat eine Küche. Aber Schulen bekommen kein Geld für Küchenpersonal. Also bleibt die schuleigene Küche kalt und Essen muss bei einer Privatfirma bestellt werden. In anderen Schulen kochen Mütter ehrenamtlich oder Fördervereine organisieren und fi-

nanzieren das Kochen über 1-Euro-Jobber. Zufällig hat mein Sohn in den letzten Wochen eine Alu-Packung Mittagessen aus der Schule mit nach Hause gebracht. Ich hab den Deckel aus dem gelben Sack geholt, um Ihnen mitzuteilen, was unseren Kindern da vorgesetzt wird: schock-gefrostetes und wiederaufgewärmtes „Hähnchen Cordon bleu mit Putenformschinken und Käse, Karottengemüse in Petersiliensoße, Kartoffelpüree“. Die Liste der Zutaten ist lang. Hier nur eine kleine Auswahl: Stabilisator Natriumcarbonat, Aroma (mit Soja), Milchzucker, Traubenzucker, Kartoffelpüreefloccen, Emulgator, Mono- und Diglyceride, Apfelsaftkonzentrat, Fett von Speisefettsäuren, Gewürzextrakte“.

Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass Kinder gutes und kostenloses Mittagessen in den Schulen bekommen und dafür ordentlich bezahltes professionelles Küchenpersonal eingestellt wird.

Glauben Sie nicht, dass Sie mit ihrer „Qualitätsoffensive“ und durch ihren Brief die Eltern auf ihre Seite bekommen. Die Unzufriedenheit der Eltern und Schüler wird wachsen, wenn sich nichts Grundlegendes ändert. Viele Eltern fühlen sich ohnmächtig. Doch das könnte sich ändern. In den letzten Wochen hat es in verschiedenen Städten Schülerstreiks gegeben. In Schülerkreisen kursiert die Idee eines bundesweiten Schülerstreiks im November. Sie können versichert sein, dass nicht nur ich, sondern viele Mütter und Väter ihre Kinder ermutigen, mitzustreiken und gerne die Entschuldigung dafür unterschreiben.

Ihre unsinnigen Vergleichsarbeiten könnten wir auch stoppen. Eine Nachbarin und Mutter eines 6. Klässlers sagte mir vor der letzten Vergleichsarbeit: „wir müssten unseren Kindern sagen, sie sollen ein leeres Blatt abgeben“. Recht hat sie. Wir Eltern sollten überlegen, Sie vor die Alternative zu stellen, die Vergleichsarbeiten abzuschaffen oder unsere Kinder an Tagen von Vergleichsarbeiten nicht in die Schule zu schicken. Der Tag wird kommen, an dem es dazu kommt. Ich werde mich dafür stark machen.

Die Vergleichsarbeiten gehören abgeschafft und G 8 mit.

Nebenbei bemerkt: Unsere Kinder lernen in Klasse 6 schonend und nachhaltig mit dem Rohstoff Holz umzugehen (Seydlitz. Geographie 2). Ihr 6-seitiger Brief a` 20 g und einer geschätzten

Auflage von 150.000 bedeutet eine Papierverschwendung von drei Tonnen und ist somit zusätzlich ein Beitrag zur Abholzung des Schwarzwalds und ein Verbrechen an unserer Umwelt.

Mit ermahnen den Grüßen  
Ursel Beck

\* Ursel Beck ist Mitglied der SAV

# Bildung: Grundrecht statt Privileg, Lust statt Last

## Eine andere Gesellschaft braucht eine andere Bildung

**N**icht für die Schule – für das Leben lernen wir.“ Das haben wir in unserer Schullaufbahn wohl alle schon mal gehört. Für SozialistInnen wirft diese Aussage vor allem die Frage auf, für welches Leben hier eigentlich gelernt werden soll.

Jede Gesellschaft braucht Bildung. Ohne Bildung ist es nicht möglich, bereits gemachte Fortschritte zu halten, geschweige denn diese weiter zu entwickeln. Die Art und Weise, wie die Bildung organisiert ist, hängt jedoch davon ab, was die Menschen in einer Gesellschaft können müssen.

Nun leben wir heute im Kapitalismus. Alles ist bestimmt durch die Profitlogik. Alles, was wir tun, muss „sich rechnen“, muss dazu dienen, dass die Besitzer der Produktionsmittel ihr Geld optimal vermehren können. Das gesamte Bildungssystem hat primär die Aufgabe, die breite Masse auf den kapitalistischen Produktionsprozess vorzubereiten.

Da nur eine kleine Schicht die Wirtschaft leiten soll, reicht es, eine kleine Minderheit entsprechend zu schulen. Für die Mehrzahl genügt dagegen eine mehr oder weniger einfache Grundbildung. Das Konzept der Elitebildung passt zur elitär strukturierten Gesellschaft. Der kapitalistische Produktionsprozess gliedert die arbeitende Bevölkerung weiter in Ingenieure, Facharbeiter, Hilfsarbeiter.

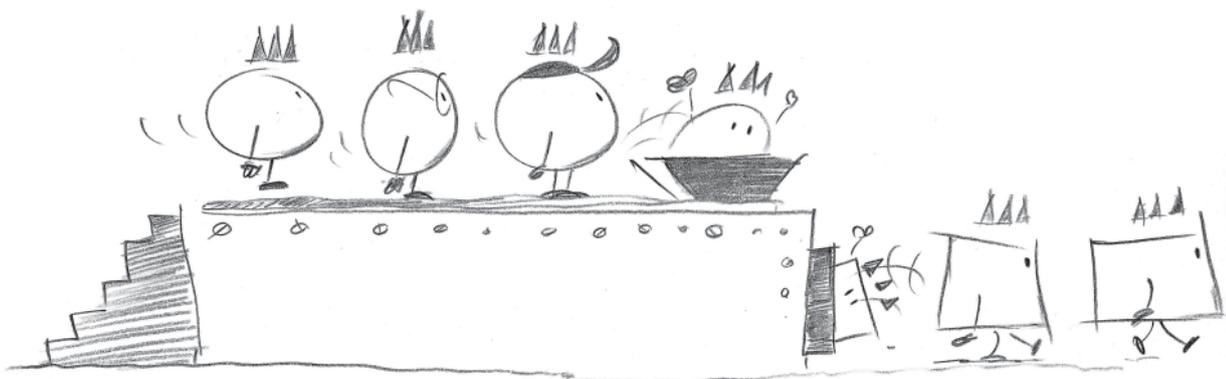
Entsprechend haben wir die Spaltung in ein dreigliedriges Schulsystem.

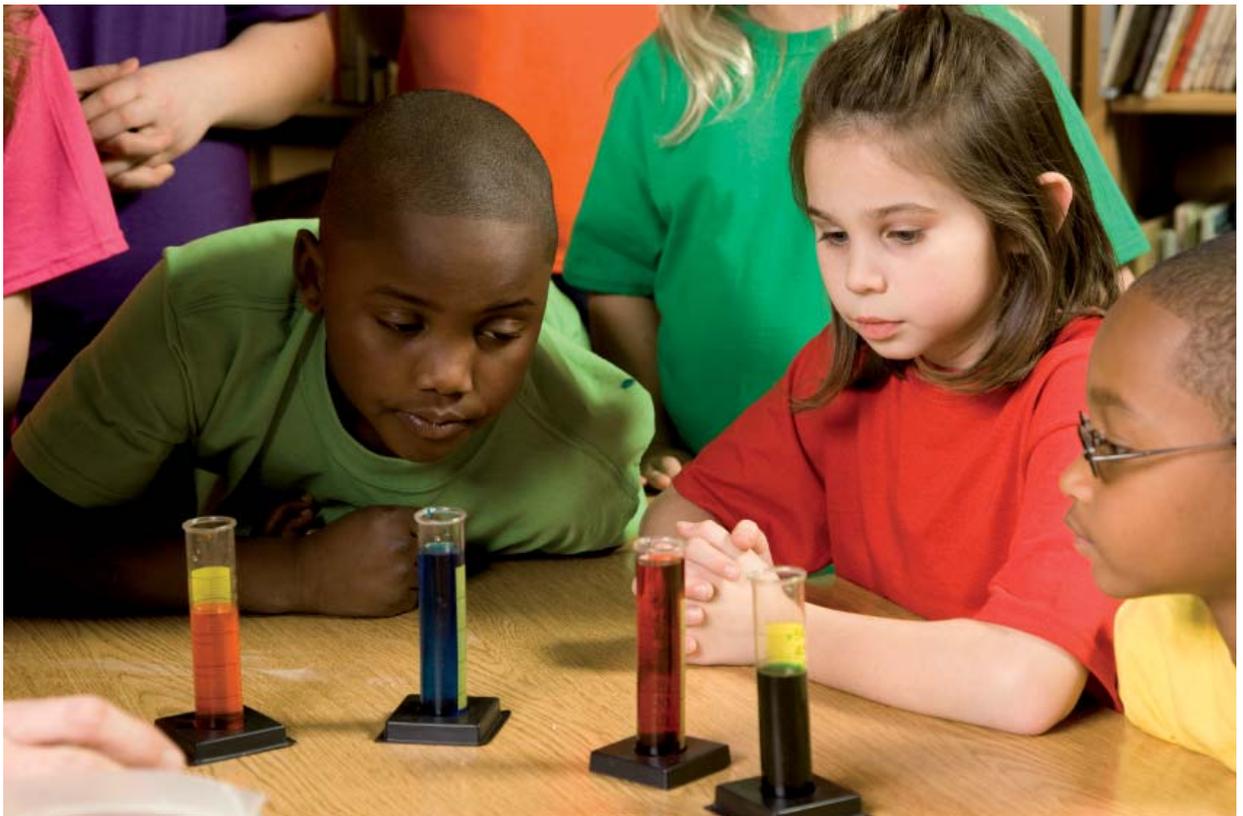
Dabei ist es aus pädagogischer Sicht uneffektiv, ingetrennten, angeblich gleichmäßigen Lerngruppen im Gleichschritt zu lernen. Gemeinsames Lernen erhöht den Horizont aller Beteiligten. Für Kinder unterschiedlicher Begabungen ist der Austausch mit anderen wichtig, um sich gegenseitig Dinge beizubringen. Der Vorwurf, in einer gemeinsamen Schule gingen Talente verloren, ist nur eine Ausrede für das Fehlen von individueller Förderung, von differenziertem Umgang mit den einzelnen SchülerInnen innerhalb der Lerngruppen. Dies funktioniert aber nur in kleinen Lerngruppen, das heißt mit mehr Lehrerstellen pro Schüler.

### Klassenschranken

Von Anfang an bekommen wir heute die Auswirkungen der Klassengesellschaft zu spüren. Wir sollen lernen, uns Autoritäten unterzuordnen. Gelernt wird in Konkurrenz zu MitschülerInnen um bessere Noten. Schule im Kapitalismus ist undemokratisch: Von oben wird bestimmt, was, wie und in welcher Zeit zu lernen ist. Mitbestimmungsrechte an Schulen werden immer weiter abgebaut.

Der (heimliche) Lehrplan bereitet darauf vor, den Arbeitgeber zu akzeptieren und Arbeitskollegen als Gegner statt als Verbündete anzusehen.





Der 45-Minuten-Takt, aus lernpsychologischer Sicht unhaltbar, sowie die strengen Anfangs- und Endzeiten in der Schule spiegeln den Alltag im Betrieb. Die Pausenklingel erinnert nur zu deutlich an die Fabriksirenen industrieller Großbetriebe.

Kein Wunder, dass die meisten ein ungutes Gefühl haben, wenn sie an ihre Schulzeit zurückdenken. Dabei lernen Kinder gerne, dies beweist die hohe Freizeitaktivität von Kindern. SchülerInnen werden zu Computerspezialisten, können in der sechsten Klasse programmieren, Musikinstrumente spielen, lernen von Freunden deren Muttersprache und so weiter.

Die Bildung in der heutigen Gesellschaft ist die konsequente Vorbereitung auf das Leben – in einer Klassengesellschaft. In einer Gesellschaft, die auf Spaltung aufbaut, wird es keine Chancengleichheit geben, weil es sie gar nicht geben soll.

#### Bildung für alle – möglich und nötig

Eine sozialistische Gesellschaft dagegen beruht darauf, dass jede und jeder sich in die Gesellschaft einbringt und am politischen Leben dieser Gesellschaft teilnimmt, so dass demokratisch über alle

Lebensbereiche entschieden werden kann. Deshalb wird das Bildungssystem in einer sozialistischen Gesellschaft den Kindern und Jugendlichen nicht von oben verordnete Inhalte und Arbeitsweisen aufzwingen. Die Lehrinhalte und Lernmethoden würden gemeinsam demokratisch auf verschiedenen Ebenen von den Lehrenden, Eltern und SchülerInnen diskutiert und erstellt.

Zur Organisation einer durch und durch demokratisch organisierten Gesellschaft sind nur eigenständig denkende, kreativ planende Menschen in der Lage. Heute sind wir fremdbestimmt – nicht wir, sondern eine kleine Minderheit entscheidet über den Inhalt unserer Arbeit in Fabrik und Büro, bestimmt den Lehrplan in Schule und Uni, entscheidet, was wir in der Zeitung lesen und über das Fernsehprogramm. Weil wir im Sozialismus über alle Aspekte unseres Lebens demokratisch selbst bestimmen werden, brauchen wir umfassende Kenntnisse und Fähigkeiten. In einer sozialistischen Gesellschaft wird eine allseitige Ausbildung aller daher zum Ziel. Im Kapitalismus ist eine umfassende Bildung aus Sicht der Herrschenden von Übel. Nicht nur, weil es Geld kostet. Unwissende Menschen und Fachidioten lassen

sich auch leichter regieren.

Im Sozialismus würden sich alle Menschen allseitig und entsprechend der persönlichen Neigungen künstlerisch, kulturell und wissenschaftlich bilden und betätigen, ganz einfach, weil sie es möchten, weil es die Möglichkeiten dazu gibt und weil niemand mehr ein Interesse hat, sie daran zu hindern.

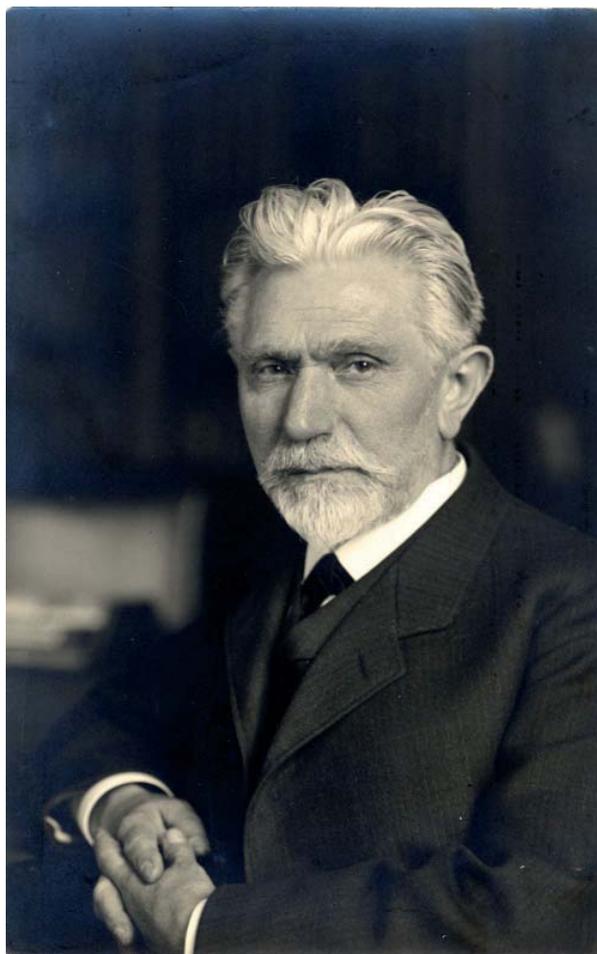
### Neue Bildungsinstitutionen

Mit der Veränderung der Bildungsaufgaben müssen sich auch die Schulen ändern. Natürlich muss jedes Kind lesen, schreiben und rechnen lernen. Dies dürfte in Kleingruppen am Sinnvollsten umzusetzen sein. Es gäbe jedoch keine starren Unterrichtszeiten. Die Schule wäre ein Ort, an dem es ganztags möglich wäre zu lernen und zu lehren. Lerngruppen wären kleiner, der Lehrer Lernhelfer statt Autoritätsperson. Druck durch Noten wäre abgeschafft, vielmehr würde Wert gelegt auf individuelle Förderung und gegenseitige Hilfestellung.

Je älter die Kinder werden, je komplexer die eigene Lebenswelt außerhalb der Schule, desto flexibler muss die Bildungseinrichtung auf die jeweiligen Bedürfnisse der Lerngruppen eingehen. Diese Lerngruppen müssen nicht fest stehen, sondern können für bestimmte „Projekte“ immer wieder neu zusammengestellt werden. Diese Projekte beschäftigten sich dann mit realen Fragen wie zum Beispiel der Energieversorgung von Kassel-Bettenhausen, nicht mit künstlichen Lernaufgaben. „Projektarbeit“, das heißt ein selbst gewählter, selbstständig organisierter Lernprozess an einem bestimmten Thema – in der kapitalistischen Gesellschaft nur tageweise vor den Ferien oder in besonders geförderten „Modellschulen“ möglich – ergäbe sich im Sozialismus von selbst, da es tatsächliche „Projekte“ aus dem Leben der SchülerInnen sind, die es gemeinsam anzugehen gilt.

### Schule als Schule des Lebens

Für die weiterführende Bildung sind Lernorte notwendig, in denen neben Kindern und Jugendlichen auch Erwachsene lernen können, bestimmte Aufgaben des Lebens zu meistern – echtes lebenslanges Lernen. LernhelferInnen begleiten die Lernenden bei ihren Problemen und Versuchen, diese gemeinsam zu lösen.



August Bebel um 1910

Dies erfordert eine starke Verzahnung von Praxis und Theorie. „Außerschulische Lernorte“ – heute exotische Randerscheinung des Regelunterrichts – sind im Sozialismus der Normalfall. Letztendlich bedeutet das den Wegfall der Trennung von Lerninhalten und konkreten alltäglichen Belangen der Lernenden. Stößt man in der „privaten“ Umgebung oder bei der Arbeit auf Verständnismgrenzen, sucht man einen Lernort auf, um mit Hilfe von Gleichgesinnten und „Experten“ die Wissenslücke aufzufüllen.

### „Tausende glänzende Talente“

Bildung im Sozialismus bedeutet die Möglichkeit, sich nach seinen Interessen neu orientieren zu können. Ein einmal erlernter Beruf muss nicht ein Leben lang beibehalten werden, nur aus Angst, keinen neuen zu bekommen. Immer wieder werden Menschen ihre Neigungen ausprobieren und sich

neue Wissensbereiche aneignen können.

August Bebel schrieb dazu in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“: „Ein in der Menschenatur tief begründetes Bedürfnis ist die Freiheit der Wahl und die Möglichkeit der Abwechslung der Beschäftigung. Wie beständige Wiederholung schließlich die beste Speise widerlich macht, so ist es mit einer sich täglich tretmühlenartig wiederholenden Tätigkeit. Es liegen in einem Menschen eine Reihe von Fähigkeiten und Trieben, die nur geweckt und entwickelt werden brauchen, um in Bestätigungsgesetz dies schönsten Dinge erzeugen. Diesem Abwechslungsbedürfnis wird die sozialistische Gesellschaft die vollste Gelegenheit bieten. [...] Tausende glänzende Talente, die bisher unterdrückt wurden, werden zur Entfaltung kommen und sich in ihrem Wissen und Können zeigen, wo die Gelegenheit sich bietet.“

Stell dir vor...

...du kommst morgens in deine Klasse und hast nicht mehr als 14 MitschülerInnen. Ihr selbst bestimmt, was ihr an diesem Tag lernen wollt. Schließlich ist nicht jeder Tag gleich und auch eure Vorlieben sind nicht immer die selben.

In deiner Klasse ist es möglich, dass die Lehrerin oder der Lehrer deine Fragen ausführlich beantwortet und du traust dich auch, einfach mitzureden. Monologe der LehrerInnen gibt es nicht, stattdessen erarbeitet ihr alles in eurer Gruppe. Und das nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch: Immer wieder geht ihr in Betriebe, sei es eine Solarzellen-Fabrik, ein Stahlwerk, oder eine Softwarefirma.

Weil es keine Noten und keine Angst um die berufliche Zukunft gibt, gibt es auch keine Konkurrenz zwischen den MitschülerInnen. Du kannst jede und jeden fragen, ob er oder sie dir hilft, wenn du etwas nicht verstehst.

Während des Unterrichts sind endlich Fragen von Bedeutung, die du schon immer stellen wolltest – alles das wird im Unterricht behandelt, weil ihr es gemeinsam so abgesprochen habt. Spannende Diskussionen werden nicht durch ein Klingelzeichen beendet, schließlich sind Menschen keine Computer, die nach einem festgelegten Zeitintervall funktionieren. ■

von Hans-Christian Funke, Kassel, 17.11.2007

# 150 Jahre Kommunistisches Manifest – Ist der Marxismus noch aktuell?

Die Klassiker kommen zurück – Karl Marx“ schreibt die Tageszeitung DIE WELT. Aktuell sehen wir, wie das kapitalistische System in eine tiefe Krise gerät – und wieder sollen wir, Jugendliche und abhängig Beschäftigte für die Krise bezahlen. An den Schulen wird der Marxismus allenfalls am Rande erwähnt – kein Wunder, er besitzt gesellschaftliche Sprengkraft. Wie aktuell die Thesen von Karl Marx tatsächlich sind, damit setzt sich dieser vor zehn Jahren verfasste Artikel über das Kommunistische Manifest auseinander.

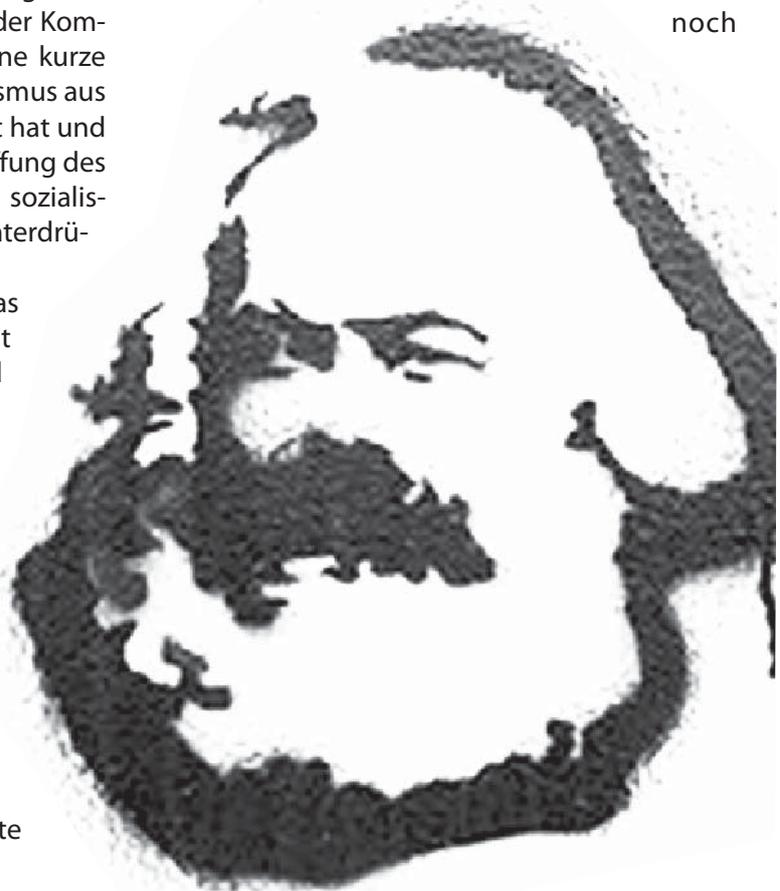
Vor 150 Jahren schrieben Friedrich Engels und Karl Marx das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Den Auftrag dazu hatten sie von einer internationalen Vereinigung revolutionär gesonnener Arbeiter erhalten, die sich „Bund der Kommunisten“ nannten. Darin gaben sie eine kurze Zusammenfassung, wie sich der Kapitalismus aus früheren Gesellschaftsformen entwickelt hat und wie die Arbeiterklasse durch die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft Ausbeutung und Unterdrückung beenden kann

In den Jahrzehnten danach wurde das Manifest in fast alle Sprachen der Welt übersetzt, millionenfach gedruckt und gelesen. Millionen ArbeiterInnen rund um den Erdball machten sich die im Manifest vertreten Weltanschauung zur eigenen Überzeugung und wurden zu Anhängern und Kämpfern für eine sozialistische Zukunft. Knapp siebenzig Jahre nach seinem Erscheinen wurde 1917 in Russland der Kapitalismus durch einen Aufstand der unterdrückten Arbeiter und Bauern gestürzt. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde er in weiteren Ländern abgeschafft. Anfang der 80er Jahre lebte

etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in nichtkapitalistischen Staaten.

Heute sind dies sogenannten „kommunistischen“ – in Wirklichkeit stalinistischen – Staaten Osteuropas zusammengebrochen und wieder zum Kapitalismus zurückgekehrt. Die Idee des Sozialismus findet heute nur wenige Unterstützer. Es geht hier nicht darum, dass Teile des Manifest veraltet sind und dass Marx und Engels sich in einigen Fragen geirrt haben, insbesondere was die baldige Erwartung einer sozialistischen Revolution betrifft. Marx und Engels selbst haben dies noch zu ihren Lebzeiten festgestellt, ihre Ansichten im Lichte der lebendigen Wirklichkeit über prüft, wo nötig geändert und ihre Theorie geschärft. Marxismus hat eben nichts mit Hellschere oder Dogmatismus zu tun.

In den letzten 100 Jahren haben noch



Karl Marx als Graffiti

mal gewaltige Veränderungen in der Welt statt gefunden. Die entscheidende Frage ist, ob die im Manifest dargestellten grundlegenden Ideen richtig und noch aktuell sind: die Methode zum Verständnis der Geschichte, die Perspektive vom Niedergang des Kapitalismus, die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

### Geschichtsauffassung

Marx und Engels legten dar, dass die menschliche Geschichte eine Abfolge verschiedener Gesellschaftssysteme ist, die entstehen, untergehen und durch neue ersetzt werden. Und sie erklärten, was diesen Prozess des Werden und Vergehens antreibt: Die auf jeder Gesellschaftsstufe fortschreitende Arbeitsergiebigkeit durch Entwicklung von Technik und Wissenschaft (Produktivkräfte) gerät in wachsenden Widerspruch zu den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen (Produktionsverhältnissen). Die Manufaktur, die fabrikmäßige Produktion großer Mengen Güter mit vielen Arbeitern, stand im Widerspruch zu den engen Regeln des Zunftwesens. Die Dampfmaschine konnte ihre Kraft nicht in der Handwerksstube des mittelalterlichen Zunftmeisters entfalten. Der wachsende Handel, die Fortschritte in der Schifffahrt, im Straßenbau und später die Eisenbahnen standen im Widerspruch zu den engen Stadtmauern und der Kleinstaaterei mit ihren unterschiedlichen Zöllen, Maßsystemen und Währungen. Die feudalen Verhältnisse standen der weiteren Entwicklung der modernen Industrie im Wege, sie wurden mittels der bürgerlichen Revolution beiseite geräumt. Heute sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst zu einer Fessel für die weitere Entwicklung der Gesellschaft geworden. Der technische Fortschritt, den es weiterhin gibt, führt im Rahmen des Kapitalismus nicht zum Fortschritt für die ganze Gesellschaft, sondern zu Stillstand und Rückschritt. Jeden Tag werden neue Erfindungen gemacht, Computerisierung, Telekommunikation, Automatisierung in der Industrie schreiten immer weiter fort. Aber was ist das Ergebnis? Die Lage der Masse der Bevölkerung verschlechtert sich statt sich zu verbessern. Reallohnverlust, Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand, Gesundheitsreform, Sozialabbau, Umweltzerstörung sind der kapitalistische Alltag.

### Gegensätze

Im Weltmaßstab betrachtet wird noch deutlicher wie grotesk die Widersprüche inzwischen geworden sind. Niemals zuvor standen der Menschheit so viele Mittel (Produktivkräfte) zur Verfügung, um alles zum Leben Notwendige mit wenig Arbeitsaufwand zu erzeugen und darüber hinaus Zeit und Möglichkeiten zu haben, sich frei zu entfalten.

Unter kapitalistischer Herrschaft verwandeln sich diese Produktivkräfte in gigantische Destruktivkräfte. Die Arbeitskraft von Millionen Menschen liegt brach. Die kapitalistische Produktionsweise führt dazu, dass die natürlichen Lebensgrundlagen im Weltmaßstab zerstört werden. Wasser, Böden, Luft werden vergiftet, das Weltklima wird verändert. Um den kapitalistischen Konkurrenzkampf auch bewaffnet austragen zu können, sind Waffen entwickelt und Arsenale angelegt worden, mit denen die ganze Menschheit ausgelöscht werden kann.

Die entscheidenden Widersprüche im Kapitalismus sind die: An jeder Produktion ist die ganze Gesellschaft beteiligt, aber die Entscheidung über die Produktion liegt in den Händen einer kleinen Minderheit.

Beispiel Autoindustrie: An der Produktion eines Autos muss eine ganze "Gesellschaft" von Menschen mitwirken: ArbeiterInnen in den Rohstoff- und Zulieferindustrien in vielen verschiedenen Ländern, tausende ArbeiterInnen in der Automobilfabrik. Doch das sind längst nicht alle: Ohne Bildung, ohne Lehrende, ohne Transportwege, ohne Telekommunikation, also auch ohne die dort jeweils Beschäftigten Mitglieder der Gesellschaft gäbe es überhaupt keine Produktion. Aber über den Bau neuer Fabriken, über den Gegenstand der Produktion, Autos oder Eisenbahnen, entscheidet nicht die Gesellschaft, sondern die Privateigentümer oder deren bezahlte Vertreter. Kapitalismus bedeutet Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, Kapitalismus bedeutet, Produktion für den Profit einiger statt für die Bedürfnisse aller.

Der zweite große Widerspruch ist, dass heute im Weltmaßstab und für den Weltmarkt produziert wird, es gibt weltumspannende Kommunikation und Transport, aber die Nationalstaaten existieren nach wie vor weiter. Mit der Bildung von Handelsblöcken und -abkommen versuchen die Kapitalisten, diesen Widerspruch zu lösen. Tatsächlich

heben sie das Problem nur auf eine höhere Stufe. Die Lage der Arbeiterklasse in Europa hat sich mit der EU nicht verbessert. Die Krise in Südostasien ist durch die Handelsblöcke nicht verhindert worden.

Die Schlussfolgerung und zentrale Forderung im Manifest ist, die Produktionsmittel gegen den Widerstand der Kapitalisten in gesellschaftliches Eigentum zu überführen und das nicht nur in einem Land sondern international.

### Klassenkampf

Aber wie das erreichen? Marx und Engels hatten aus ihrem Studium der Geschichte den Schluss gezogen: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Auch in früheren Gesellschaftsformen hatte es verschiedene Klassen mit unterschiedlichen, ja unversöhnlichen Interessen gegeben. Der Kampf der Sklaven gegen die Sklavenhalter, des Leibeigenen gegen den Baron, des Gesellen gegen den Zunftbürger. Sie kämpften gegeneinander, weil sie gegensätzliche, miteinander unversöhnliche Interessen hatten. Und über die heutige, die kapitalistische Gesellschaft schreiben sie: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Diese Idee vom Klassenkampf, von der Unversöhnlichkeit der Interessen von Kapitalisten und Arbeiterklasse steht im völligen Gegensatz zur Politik der Gewerkschaftsführungen heute. Geht man aber von einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen von Kapitalisten und Arbeiterklasse aus, dann ist klar, dass mit Appellen an die „soziale Verantwortung“ der Unternehmer, mit runden Tischen und Kanzlerrunden, den abhängig Beschäftigten nur Sand in die Augen gestreut wird. Und es ist doch in der Tat so, dass jedes Mal wenn von deutschen Interessen, von Standortinteressen, von betrieblichen Interessen die Rede ist, es immer um die Forderung nach Lohnverzicht, Flexibilisierung im Interesse und zugunsten der Unternehmer, zugunsten der Kapitalbesitzer geht.

### Rolle der Arbeiterklasse

Als Marx und Engels das Manifest verfassten,



war die Arbeiterklasse nur eine Minderheit in der Gesellschaft. Der größere Teil der Bevölkerung waren Bauern, Handwerker und kleine Kaufleute. Marx und Engels waren dennoch überzeugt: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse.“

Heute ist die Arbeiterklasse der so überwiegende Teil der Bevölkerung, dass manche vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Immer wieder wird die Frage gestellt, ob es die Arbeiterklasse überhaupt noch gibt. Niemand bestreitet, dass es große Unterschiede innerhalb der abhängig Beschäftigten gibt, insbesondere beim Einkommen. Noch vielfältiger sind die Spaltungen und Spaltungsversuche in Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, In- und Ausländer, VorarbeiterIn, GruppenleiterInnen, BandarbeiterInnen usw.. Aber alle verbindet das Interesse an einem sichern Arbeitsplatz und ausreichendem Einkom-

men. Alle verbindet, dass ihnen die Arbeitsmittel nicht gehören, dem Arbeiter nicht die Drehbank und dem Angestellten nicht der Schreibtisch. In den letzten Jahren haben Beschäftigte gestreikt, die sich selbst vielleicht nicht einmal zu Arbeiterklasse rechnen würden: Bankangestellte, Lehrer, Computerfachleute.

Aber, wird jede(r) einwenden, revolutionär ist diese Arbeiterklasse nun wirklich nicht. Marx und Engels meinten damit zu nächst mal, dass die Arbeiterklasse ein gemeinsames Interesse an der Abschaffung des Kapitalismus hat und dass sie die Mittel dazu hat. Welche Macht die Arbeiterklasse hat, wird in jedem größeren Arbeitskampf deutlich. Gut organisiert, kann schon der Streik in einer Branche das Wirtschaftsleben des ganzen Landes lähmen, wie das Beispiel der französischen Fernfahrer gezeigt hat.

Woran es tatsächlich noch mangelt, ist das entsprechende Bewusstsein innerhalb der Arbeiterklasse. Das Sich-bewusst-sein, dass alle ArbeiterInnen die gleichen Interessen haben: unabhängig von der Nationalität, unabhängig von der jeweiligen Branche oder Betrieb. Noch schlechter steht es um das „revolutionäre“ oder sozialistische Bewusstsein. Aber Arbeiter mit sozialistischer Überzeugung waren auch 1848 selten. Worauf Marx und Engels setzten, war ihre Erkenntnis, dass sich Bewusstsein verändert: „Bedarf es tieferer Einsicht um zu begreifen, dass mit den Lebensverhältnissen der Menschen, ... auch ihr Bewusstsein sich ändert?“

Tatsächlich änderte und entwickelte sich die Arbeiterklasse und ihr Bewusstsein. Um die Jahrhundertwende, nur 50 Jahre nach seiner Veröffentlichung, war das Manifest zum Programm von Millionen ArbeiterInnen in der ganzen Welt geworden.

### Kapitalistischer Niedergang

Die im Manifest dargelegte Geschichtsauffassung, die grundlegenden Aussagen bezüglich der kapitalistischen Gesellschaft sind auch heute, 150 Jahre später, noch aktuell. Ja, sie sind aktueller als damals. Denn Mitte des letzten Jahrhunderts befand sich der Kapitalismus gewissermaßen in seiner jugendlichen Sturm- und Drangphase. Marx und Engels haben damals durchaus die ihm noch innewohnenden Entwicklungsmöglichkeiten un-

terschätzt. Aber spätestens als der Konkurrenzkampf in das Massenschlachten des ersten Weltkrieges mündete, war „Sozialismus Notwendigkeit geworden“ (Rosa Luxemburg).

Wenn aber die Annahme vom Niedergang des Kapitalismus und der daraus folgenden Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft richtig war, wieso ist dann das Manifest immer noch aktuell, sprich der Kapitalismus immer noch da? Wie bereits gesagt, wurde zu Ende des I. Weltkriegs, nur 70 Jahre nach Erscheinen des Manifest, in Russland der Kapitalismus gestürzt. Die Sowjetunion entwickelte sich von einem rückständigen Agrarland zur Weltmacht. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurden in weiteren Teilen Osteuropas und der exkolonialen Welt die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse abgeschafft. Aber der russischen Revolution folgte nicht der Sieg des internationalen Sozialismus sondern der Aufstieg des Stalinismus, die Diktatur einer Bürokratie über die Gesellschaft. Dieser Aufstieg war möglich, weil die Revolution in zentralen Industrieländern scheiterte (insbesondere 1918/19 in Deutschland) und die ökonomisch rückständige Sowjetunion isoliert blieb. (Zu den Ursachen des Stalinismus siehe unter anderem VORAN Nr. 194) Durch das totalitäre System in Osteuropa war die Idee des Sozialismus in den Augen vieler ArbeiterInnen diskreditiert, zumindest in den vom Nachkriegsaufschwung geprägten wohlhabenderen kapitalistischen Staaten. Das gilt heute umso mehr. Durch seinen Zusammenbruch hat der Stalinismus nämlich gezeigt, dass er nicht nur undemokratisch, sondern am Ende auch unfähig war, die Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu entwickeln.

### Stalinismus

Jahrzehntelang wurde der Stalinismus von allen Seiten als sozialistisch ausgegeben. Kein Wunder, dass heute fast jeder meint, „Sozialismus“ könne nicht funktionieren und daher auch keine Alternative zum Kapitalismus sieht. Deshalb haben wir heute die Situation, dass in einer Zeit, da der Kapitalismus jeden Tag deutlicher zeigt, dass er die Gesellschaft international in eine Sackgasse führt, dass zur selben Zeit die Idee des Sozialismus prozentual vielleicht nicht mehr Anhänger in der Arbeiterbewegung hat als vor 150 Jahren.

Marx und Engels zeigen sich im Manifest voll-

kommen optimistisch über das letztliche Ende der kapitalistischen Gesellschaft: „Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich“. Sie haben allerdings keineswegs angenommen, dass das automatisch geschehen wird. Sonst hätten sie spätestens an dieser Stelle sich bequem zurückgelehnt und den Sieg abgewartet. Tatsächlich haben sie Zeit ihres Lebens mit der Arbeiterbewegung für den Sieg des Sozialismus gekämpft. Die heutige Generation hat den Vorteil, dass die grundlegenden Ideen des Sozialismus nicht noch mal erarbeitet werden müssen. Allerdings muss heute wie damals um Mehrheiten für diese Idee gekämpft und die Überlegenheit sozialistischer Politik in den alltäglichen Kämpfen bewiesen werden. Neu hinzugekommen ist der Kampf für die Einsicht, dass im Osten nicht der Sozialismus sondern der Stalinismus gescheitert ist. Mit historischen Maßstäben gemessen waren Stalinismus und Nachkriegsaufschwung Ausnahmesituationen. Der Kapitalismus ist im Niedergang begriffen. Es wird einen neuen Anlauf geben um ihn zu stürzen. Es bedarf der bewussten Teilnahme eines Jeden, um erfolgreich eine Gesellschaft aufzubauen, in der Wissenschaft, Technik und menschliche Arbeitskraft zum Wohle aller genutzt werden und in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. ■

Georg Kümmel

Wörterklärung:

Proletarier	–	Arbeiter
Proletariat	–	Arbeiterklasse
Bourgeois	–	Kapitalist
Bourgeoisie	–	Kapitalistenklasse

# Kampf um Bildung = Klassenkampf

**M**it 45 Prozent hält einer aktuellen Emnid-Umfrage zufolge fast die Hälfte der Befragten das deutsche Bildungssystem für ungerecht. Unter den Eltern sind es 48 Prozent und in Ostdeutschland liegt der Anteil gar bei 60 Prozent. Drei Viertel aller Befragten bezweifeln zudem, dass Jugendliche aller Schichten nach der Schule die gleichen Berufschancen haben.

Seit Beginn der achtziger Jahre verschlechtert sich die Situation in der Bundesrepublik, ist die Teilnahme von Kindern sozial schlechtergestellter Familien an höherer Bildung rückläufig. Laut PISA-Studie von 2002 gehen Kinder aus Familien von Spitzenmanagern sechs Mal häufiger aufs Gymnasium als Facharbeiterkinder.

Betrachtet man die Rolle der Bildung in der Gesellschaft historisch, so werden erstaunliche und erschreckende Verbindungen zur heutigen Situation klar, aus denen wir unsere Schlüsse ziehen müssen, um ein gerechtes Bildungssystem für alle erreichen zu können.

Die Teilung der Gesellschaft in Menschen, die umfassend gebildet sind und solche, die weniger oder gar keine Bildung haben, ist so alt wie die Teil-

blieben ohne Schulbildung. Deutsche Schreib- und Leseschulen des 15. und 16. Jahrhunderts waren ebenfalls allesamt nicht dem Volk zugänglich, so dass es weiter ohne Bildung blieb.

Bis ins 19. Jahrhundert hinein war der Anteil derer, die lesen und schreiben konnten, verschwindend gering und auf eine sehr kleine Elite der Oberschicht beschränkt. Die allgemeine Schulpflicht, in Preußen 1717 eingeführt, setzte sich nur sehr langsam durch. Die Französische Revolution von 1789 stieß dann die Ausbreitung der Bildung in Westeuropa an, was sich durch die daraufhin allmählich einsetzende Industrialisierung und Verstädterung im Laufe des 19. Jahrhunderts wiederum beschleunigte.

Doch trotz der unter dem Druck der bürgerlichen Revolution von 1848 verstärkten staatlichen Gründungen und Förderungen von Schulen gelang es in Deutschland erst mit der Revolution von 1918/19, die den Sturz des Kapitalismus zum Ziel hatte, und den anschließenden Reformen des Schulsystems in der Weimarer Republik, den Anteil der totalen Analphabeten auf heutige Maßstäbe zu senken.

Obwohl die Kapitalisten zunehmend Lohnabhängige brauchten, die Lesen und Schreiben konn-

gemeine Schulbildung. In der arbeitenden Klasse in England 1845 bezüglich: „Die Bildungsmittel sind mäßig gering gegen die, die existiert nirgends, [...] 1843 die Regierung die- rang in Kraft treten lassen abrizierende Bourgeoisie ohl die Arbeiter sich ent- g aussprachen.“ Die „fa-“ – heute würde man von Konzernchefs sprechen lagegen, dass Kinder zur sollten. Und dafür gab es enden Grund: Wer in der eiten gehen.



Der aufstrebende Kapitalismus benötigte aber besser gebildete ArbeiterInnen. Die moderne Industrie und Wirtschaft kann man nicht mit lauter Analphabeten am Laufen halten. Allerdings braucht man aus Sicht der Kapitalisten für einfache Tätigkeiten nur einfach gebildete Beschäftigte und für komplizierte Aufgaben gut ausgebildete, aber relativ wenige Spezialisten. Eine allumfassende, hochwertige Bildung für alle ist aus Sicht der Unternehmer Geldverschwendung.

Und die Bildungsinhalte?

Auch die Bildungsinhalte unterliegen dem massiven Einfluss der politischen Entscheidungsträger. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), sagte 2002: „Der Stoff kann gut und gerne um 50 Prozent reduziert werden.“ Und weiter: „Wir brauchen eine Konzentration auf das Wesentliche – aber das muss sitzen.“ Die öffentlichen Bildungsausgaben sollen niedrig gehalten werden. Schließlich soll die „einfache“ Bevölkerung, die Arbeiterklasse, sich nicht unnötig bilden. Ein ganz konkretes Ergebnis ist dann die Erfindung des Wortes „Orchideenfächer“ (gemeint sind Geistes- und Sozialwissenschaften) und die Schließung ganzer Fachbereiche an Universitäten. Geisteswissenschaften werden zur finanziellen Belastung umdefiniert und eigenständiges Denken soll primär zukünftigen Managern beigebracht werden.

Kampf der Arbeiterklasse für Bildung

In der Arbeiterklasse wurden immer wieder Versuche unternommen, den eigenen Bildungsgrad auf eigene Faust zu verbessern. Arbeiterbildungsvereine wurden gegründet, die Bildung selbst in die Hand genommen. 1875 schrieb sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die seit 1890 dann SPD hieß, unter anderem folgende Forderung in ihr Gothaer Programm: „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten.“

Russische Revolution

In der Revolution von 1917 wurden in Russland Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft.

Binnen weniger Tage nach der Revolution wurden die kostenlose Bildung und die Schulpflicht eingeführt.

Weitere 1918 beschlossene Maßnahmen beinhalteten die Übernahme sämtlicher privater und konfessioneller Schulen unter staatlicher Kontrolle und die Abschaffung der hierarchischen Unterscheidung unter dem Lehrpersonal mit einer gleichen Bezahlung für alle. Der freie Zugang zu den Hochschulen ohne Aufnahmeprüfungen wurde erlassen. In den „Prinzipien über das Schulwesen“ stand, dass „die alten Formen der Disziplin, die das Schulleben beschneiden, und die freie Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder verhindern, in den Arbeits-Schulen keinen Platz haben können.“ Prügelstrafe und obligatorische Hausaufgaben wurden verboten, Schuluniformen, Notengebung und Aufnahmeprüfungen abgeschafft. Die Schulen sollten von Schulaufsichten geführt werden, in denen SchülerInnen neben LehrerInnen, dem nicht lehrenden Schulpersonal und GemeindevertreterInnen wirklichen Anteil an den Entscheidungen hatten.

Diese Initiativen nahm man in einem armen, rückständigen Land in Angriff, in dem nur rund ein Fünftel der Kinder vor der Revolution irgendeine Form von schulischer Ausbildung genossen hatte. Der dann folgende Bürgerkrieg machte viele Bemühungen um bessere Bildung zunichte. Die sich bald entwickelnde stalinistische Bürokratie hatte kein Interesse an kritisch denkenden Menschen und demokratischen Prinzipien. 1932 wurden Prüfungen, eine strikte Disziplin und kontrollierte Lehrpläne wieder eingeführt. Die gemeinschaftliche Verwaltung der Schulen wurde durch die Kontrolle eines Schulleiters ersetzt.

Stellenwert von Massenprotesten und Revolution

Im letzten Jahrhundert führte der Druck von unten auch in Deutschland zu Fortschritten. Aber es war schließlich der Druck einer Revolution nötig, die 1918 nicht nur den Kaiser stürzte, sondern auch dazu führte, dass ein Jahr später in der Reichsverfassung erstmals die vierjährige Grundschule als Einheitsschule festgeschrieben wurde. Verbesserungen wie diese waren – wie zum Beispiel auch der Acht-Stunden-Tag oder das Frauenwahlrecht – Nebenprodukte der Novemberrevolution von

1918. 1920 wurde auf der Reichsschulkonferenz die Idee der „elastischen Einheitsschule“ vertreten, die auf alle Begabungen, Interessen und Neigungen Rücksicht nehmen und diese in frei zu wählenden Arbeitsgemeinschaften fördern sollte (Altersstufe 6 bis 16; Klassen 1 bis 11).

Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen stellte die Nazi-Diktatur auch in der Bildung eine Zäsur dar. 1933 und 1934 verboten die Faschisten alle demokratischen Körperschaften in den Schulen. Die kollegiale Form der Schulleitung wurde durch eine autoritäre Leitung ersetzt. Alle Formen der Eltern- und Schülerbeiräte wurden abgeschafft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die Alliierten 1945 das dreigliedrige Schulwesen. Im Jahr 1965 ergab eine Befragung von 150.000 SchülerInnen an Gymnasien der 13. Klasse der Bundesrepublik, dass nur 6,4 Prozent Arbeiterkinder waren.

Die breite politische Bewegung in Westdeutschland Ende der sechziger Jahre erkämpfte Verbesserungen im Bildungsbereich. So war die Einführung staatlicher Unterstützung für die Ausbildung von SchülerInnen und StudentInnen, das BAföG, 1971 und der Bauneuer Hochschulendie Antwort auf die immer stärker werdenden Forderungen, Kindern aus Arbeiterfamilien Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen. Natürlich trug die Konkurrenz der Systeme zwischen Kapitalismus und dem nicht-kapitalistischen Ostblock einiges dazu bei, dass auch im damaligen Westdeutschland Zugeständnisse an die Arbeiterklasse gemacht wurden. Außerdem befand sich die Wirtschaft noch im Nachkriegsaufschwung und brauchte mehr Akademiker.

### Bildung in der DDR

Das Bildungswesen in der DDR lehnte das alte Volksschulmodell ab (das in Westdeutschland bis 1968 existierte und seither von der Hauptschule abgelöst wurde). Stattdessen war der Ansatz der Einheitsschule die Grundlage, der unter der Bezeichnung „Eine Schule für alle“ seit den Ergebnissen der Bildungsstudien TIMM, PISA, IGLU heute wieder heiß diskutiert wird.

Das reformpädagogische Modell der Einheitsschule der zwanziger Jahre war der Bezugspunkt für die zehn Schuljahre umfassende Polytechnische Oberschule. Danach stand entweder eine Berufsausbildung (in der man auch das Abitur

an einer Berufsschule machen konnte) oder der Besuch der Erweiterten Oberschule (EOS), an der man nach Klasse 12 das Abitur machte.

Die „Polytechnisierung“, bei der praktisch orientierter Unterricht das Hauptanliegen war, setzte Ende der fünfziger Jahre in der DDR ein. Junge Kinder sollten demnach bereits mit den Prinzipien der Arbeit und der Lebensweise der arbeitenden Bevölkerung vertraut werden. Werk- und Schulgarten-Unterricht waren beispielsweise von Klasse 1 bis 6 obligatorisch.

Für die Verwirklichung der individuellen Bildungsziele in der DDR waren neben den schulischen Leistungen aber auch Faktoren wie die Tätigkeit der Eltern (bei Zulassung zur EOS) und die Bereitschaft, sich der SED-Herrschaft unterzuordnen, ausschlaggebend. Die Zahl der Jugendlichen, die ihr Abitur im Zuge einer Berufsausbildung machten, belief sich auf weniger als ein Prozent eines Jahrgangs. Trotzdem gab es immerhin die Möglichkeit für Lehrlinge, nach der Ausbildung einen universitären Vorkurs zu belegen, um einen zur Berufsausbildung passenden Hochschulstudienangang zu beginnen. Für das Hochschulstudium galt der Ansatz des „Grundstipendiums“, demzufolge Studierende keine Gebühren für ihr Studium entrichten, sondern umgekehrt der Staat einen „Bildungslohn“ an die an ihrer Bildung arbeitenden StudentInnen zahlen musste.

In der DDR waren zwar Privateigentum und Konkurrenzwirtschaft beseitigt. Es existierten Staatseigentum und Planwirtschaft. Allerdings wurde die Wirtschaft nicht demokratisch, sondern bürokratisch geplant. Nicht die arbeitende Bevölkerung hatte das Sagen, sondern eine kleine privilegierte Clique an der Spitze des Staates. Da diese demokratische Rechte mit Füßen trat, um ihre Herrschaft zu verteidigen, boten die positiven pädagogischen Ansätze – wie Einheitsschule oder Polytechnik – nicht die Möglichkeit zur freien Entwicklung und Entfaltung der SchülerInnen.

### Kampf um Bildung im Jahr 2008

Die heutigen Angriffe auf das Bildungswesen in der Bundesrepublik und international haben ihre Ursache in der sich verschärfenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Um ihre eigenen Profite zu steigern, machen die Vertreter von Unternehmerverbänden Druck, damit die öffentlichen

Ausgaben für die Bildung gesenkt werden, zum Beispiel durch die Schulzeitverkürzung (G8) und Einführung von Studiengebühren. Außerdem wollen sie mit der Bildung direkt Geschäfte machen und treiben die Privatisierung des Bildungswesens voran. Und weil sie keine kritisch denkenden Beschäftigten im Betrieb haben wollen, betreiben sie die Einführung von Kopfnoten und den Abbau demokratischer Rechte an den Hochschulen.

Der Kampf gegen Verschlechterungen im Bildungswesen und für grundlegende Verbesserungen kann sich nicht auf den Bildungsbereich beschränken. Er ist ein gesellschaftlicher Kampf, eben Klassenkampf.

veröffentlicht: 28.09.2008

von Max Höhe, Köln

# Für ein sozialistisches Bildungsprogramm

**B**ildung im Kapitalismus ist immer Bildung für die Kapitalisten, nicht für uns. Wir wollen aber nicht wie Maschinen lernen, um später wie Maschinen zu funktionieren. Wir wollen lernen, weil wir neugierig sind. Wir wollen Wissen erlangen, weil es unser Leben reicher macht. Wir wollen Verständnis von der Welt erwerben, um sie umzugestalten und die Gesellschaft und unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Wir brauchen einen Schulunterricht, der wirklich auf die individuellen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Schwächen jedes und jeder Einzelnen eingeht. Wir brauchen ausreichend hochqualifiziertes Lehrpersonal, aber auch SozialpädagogInnen, PsychologInnen und Verwaltungskräfte, um überhaupt erst die Voraussetzungen für ein entspanntes Lernklima für alle zu schaffen.

- Verkleinerung der Klassen auf maximal 15 SchülerInnen. Dementsprechend Neueinstellung von ausreichend LehrerInnen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Für qualifizierte, tariflich bezahlte Lehrerjobs statt billige Lückenfüller!

Mit der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre (G8) wird Lernen für viele zum stressigen Vollzeitjob – um am Ende nur ein Jahr früher keinen Ausbildungs- oder Studienplatz zu

bekommen.

Zentrale, also einheitliche Prüfungen bei einheitlichen Voraussetzungen erhöhen nur den Druck auf die SchülerInnen. An der einen Schule war vielleicht die Mathe-Lehrerin lange krank, an der anderen ist Englisch oft ausgefallen. An beiden Schulen dieselben, zentralen Abiturklausuren zu stellen, ist nicht gerecht, sondern Blödsinn.

Noten dienen nur der Selektion, nicht aber der Entwicklung von Fähigkeiten und Talenten.

- Schluss mit dem Superstress: Weg mit G8 und zentralen Prüfungen
- Abschaffung der Noten. Kostenlose Nachhilfe durch qualifizierte LehrerInnen

Heute wird nach der Grundschule nicht nur der weitere Bildungs-, sondern der Lebensweg der Menschen maßgeblich festgelegt. Das dreigliedrige Schulsystem stempelt Massen von Jugendlichen von vornherein zu Loosern, es lässt viele Talente verkümmern statt sie zu fördern, deshalb gehört es abgeschafft. Wir stehen für gemeinsames Lernen bis zum Abschluss in ganztägigen Gemeinschaftsschulen, in der die SchülerInnen nicht in Klassen, sondern in Kurse und Stufen gemäß ihren Fähigkeiten und Vorlieben aufgeteilt sind. Wir brauchen ausreichend Freizeitangebote und kostenloses Mittagessen.

Die Universitäten müssen allen offen stehen, ohne

Aufnahmeprüfungen, NC oder anderen Hürden.

- Nein zu sozialer Ausgrenzung und Selektion: Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem
- Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule
- Studien- und Ausbildungsplätze für alle

Über Sponsoring, Firmenpartnerschaften und Werbung nimmt der Einfluss der Konzerne auch auf staatliche Schulen und Unis immer mehr zu. „Selbstständige Schulen“ sollen „lernen“, wie kleine Firmen zu funktionieren. In vielen Bundesländern sorgen in den Hochschulräten der Unis zum Großteil externe Wirtschaftsvertreter für eine Lehre in ihrem Sinne, Drittmittel fließen nur in wirtschaftlich interessante Fakultäten.

Gleichzeitig werden Bildungsangebote zur käuflichen Ware, für die wir bezahlen sollen, damit Unternehmen wie Bertelsmann ihren Profit steigern können.

- Schluss mit dem Einfluss der Konzerne auf Forschung und Lehre durch Drittmittelvergabe. Schluss mit Budgetierung
- Nein zu Sponsoring und kommerzieller Werbung an Schulen und Hochschulen
- Stopp der Privatisierung des Bildungssystems

Bildung muss ein Recht für alle sein, kein Privileg für wenige. Der Zugang zur Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Gute Bildung braucht gute Bedingungen.

- Kostenlose Bildung für alle! Nein zu allen Gebühren für Kitas, Schulen, Unis oder Volkshochschulen
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm für Bildung. Massives Sanierungsprogramm für Schulen und Unis inklusive Neubauten
- Für eine bedarfsgerechte Ausstattung von Schulen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Alle Zuzahlungen für Lernmittel, Ausflüge oder Exkursionen gehören abgeschafft

Immer mehr Eltern können ihren Kindern kein Studium mehr finanzieren. StudentInnen und SchülerInnen müssen neben ihrer Ausbildung arbeiten und haben dadurch weniger Zeit zum Lernen und leben. Die Erhöhung des BAföG-Satzes um zehn Prozent (maximal 643 Euro im Monat)

ab 1. Oktober 2008 und der Elternfreibeträge um acht Prozent auf 1.555 Euro wurden von der Inflation schon jetzt aufgeessen. Viele SchülerInnen müssen auf ein Studium verzichten, weil ihnen das Geld fehlt.

- Elternunabhängige Grundsicherung für SchülerInnen und Studierende ab 16 Jahre von 500 Euro plus Warmmiete

Was ist das für eine Demokratie, in der die SchülerInnen und Studierenden lernen sollen, aber bei Lerninhalten und Lehrmethoden nichts zu sagen haben?

Statt der undemokratischen Strukturen an den Schulen und Unis brauchen wir funktionierende Interessensvertretungen sowohl für SchülerInnen beziehungsweise Studierende als auch für LehrerInnen oder DozentInnen, mit politischem Mandat und Streikrecht.

- Verwaltung von Schulen und Hochschulen sowie Gestaltung der Lehrinhalte durch demokratisch gewählte Komitees von Eltern und SchülerInnen, Studierenden, Lehrenden und GewerkschaftsvertreterInnen

Sind die Forderungen realistisch? Es ist klar, dass diese Forderungen letztendlich mit den Profitinteressen von Banken und Konzernen unvereinbar sind. Sie sind aber prinzipiell erfüllbar, wenn man über den Rahmen des Kapitalismus hinausgeht. Millionen sind arbeitslos – es fehlt also nicht an Menschen, die als LehrerInnen unterrichten oder als BauarbeiterInnen marode Schulen und Hochschulen sanieren könnten. Es fehlt auch nicht an Geld. Man bräuchte nur die Steuergeschenke an die Unternehmen zurücknehmen. Man könnte in die Bildung statt in die Rüstung investieren.

Diese Forderungen sind ein Angebot zur Diskussion über eine grundlegend andere Bildungspolitik. Ihre Durchsetzung erfordert einen harten Kampf und eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Auch darüber wollen wir diskutieren.

von Nora Sander, Köln



# Wofür wir kämpfen?

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne und hält die wirtschaftliche Macht in ihren Händen.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

## Arbeit, Bildung und Soziales

- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- Mindesteinkommen von 750 Euro netto plus Warmmiete
- Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem

Mindestlohn von 12 Euro

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen

Soziales, Bildung und Umwelt

- Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen
- Drastische Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und Einkommen

Nein zu Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum

- Nein zu Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum

## Umwelt und Abrüstung

- Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien
- Abschaltung aller AKWs
- Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

## Gegenwehr

- Für die aktive Teilnahme der Partei DIE LINKE an Protesten auf der Straße und in Betrieben
- Keine Beteiligung der LINKEN an Regierungen mit Sozialabbau-Parteien, egal ob als Koalition oder Tolerierung
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tariflohn
- Gleiche Rechte für alle – gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung

## Sozialismus

- Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur
- Für eine sozialistische Demokratie weltweit

## SAV vor Ort

Aachen & 0241 – 300 59  
Augsburg & 0176 – 28 91 22 18  
Berlin & 030 – 440 84 29  
Bremen & 0421 – 592 000  
Bremerhaven & 0176 – 75004118  
Lkr. Cuxhaven & 04743 – 948805  
Dresden & 0351 – 310 7391  
Frankfurt/M & 0172 – 617 89 26  
Hamburg & 0176 – 513 95 025  
Kassel & 0171 – 230 64 99  
Köln & 0221 – 933 78 45  
Leipzig & 030 – 247 238 02  
Mannheim & 030 – 247 238 02  
München & 01520 – 416 05 91  
Rostock & 0381 – 499 65 90  
Saarbrücken & 0681 – 500 61 22  
Stuttgart & 07159 – 914 665

und bundesweit unter 030 – 247 238 02 oder [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de)



Ja, ich möchte die „Solidarität – Sozialistische Zeitung“ abonnieren:

- Jahresabo 15 Euro (Auslandsabo 20 Euro)
- Förderabo für eine monatliche Spende von  5 Euro  10 Euro  \_\_ Euro
- zusätzlich \_\_ Exemplare zum Weiterverkaufen (in Kommission – Zahlung erfolgt nach Verkauf)

Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon/E-Mail

Ich ermächtige die Sozialistische Alternative e.V. – jederzeit widerruflich –

- 15 Euro für ein Jahr (für das Auslandsabo 20 Euro)
  - \_\_ Euro für ein Förderabo (  monatlich  vierteljährlich)
- von meinem Girokonto einzuziehen.

Name der Bank

Kontonr.

BLZ

Name des/der Kontoinhaber(in)

Ort, Datum

Unterschrift